

Entscheid ist bindend

Zum Leserbrief von Jan Peter zur Diskussion über die Eutiner Schulen (OHA vom 9. Mai):

Sehr geehrter Herr Peter, als langjähriges Mitglied und zeitweise auch Vorsitzende des Schulausschusses verwahre ich mich aufs Schärfste gegen Ihre Behauptungen. Sie diskreditieren die Interessen vieler Grundschulleitern, indem Sie ihnen unterstellen, diese würden ihre Kinder „abschotten“ wollen, finden es aber gleichzeitig angeblich gut, dass nun „die Eutiner endlich selbst entscheiden dürfen“.

Wer Basisdemokratie fordert, sollte das politische Gegenüber mit Respekt behandeln und die Argumente der Gegenseite ernst nehmen. Das lassen Sie nicht erkennen.

Sie unterstellen, dass bei einem Bürgerentscheid gegen den Schulcampus die Halle am Bahnhof „wieder aus der Schublade gezogen würde“. Damit behaupten Sie, dass Stadtvertreter*innen sich über das geltende Recht hinwegsetzen würden.

Sofern genügend Eutiner abstimmen und die Campuslösung unterliegt, gewinnt die Gegenfrage, also zwei Standorte und eine Dreifeldhalle am See. Dieser Entscheid ist bindend! Was veranlasst Sie also zu Ihren Behauptungen?

Darüber hinaus behaupten Sie, die Campuslösung würde „Synergieeffekte“ erzeugen und kostengünstiger sein. Auch diese Aussage ist durch nichts zu belegen, da erste, vorsichtige Schätzungen eher die Tendenz zeigen, dass beide Modelle kostentechnisch nur unwesentlich voneinander abweichen und es für belastbare Zahlen noch viel zu früh ist.

Ich will kurz begründen, warum meine Fraktion sich stets für Einzelstandorte der Schulen ausgesprochen hat:

Wir Grüne haben uns immer für drei Grundschulstandorte ausgesprochen, weil wir wissen: Grundschulkindern brauchen kurze Wege und überschaubare Strukturen.

Wir haben ein Raumprogramm für die Wilhelm-Wisser-Schule mit verabschiedet, das allen Wünschen der Schule entspricht und selbstverständlich immer wieder die Meinung der Schulleitung eingeholt.

Wir sind uns sicher, dass eine Dreifeld-Halle als Teil der Campuslösung zu klein für den Bedarf an Schulsport sein wird.

Wir haben mehrfach beantragt, einen „Arbeitskreis Schulen“ einzurichten, um die Beratungen zu beschleunigen. Unser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, auch und gerade von der SPD.

Wir Grüne befinden uns in Eutin in keiner „Jamaika-Koalition“, wie Sie immer wieder unrichtig behaupten. Wir suchen nach Mehrheiten, um wichtige Entscheidungen voranzubringen. In der Frage der Schulstandorte stimmen wir mit CDU und FDP überein. Die Umsetzung dieser Beschlüsse wurde durch das Bürgerbegehren gestoppt.

Wir sehen uns in der Pflicht, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulen und auch der Sportvereine möglichst zu einem guten Kompromiss zusammenzuführen. Es geht eben nicht um Sieg oder Niederlage, sondern um den Ausgleich von Interessen.

Christiane Balzer, Eutin